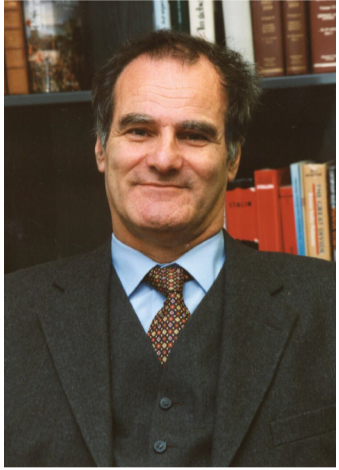


RUNDSCHAU - UMFRAGE

Soll die NPD verboten werden?

Prof. Dr. Julius H. Schoeps Professor für Neuere Geschichte und Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam



Nein, ich bin gegen ein Verbot. Die Bundesregierung wäre schlecht beraten, erneut ein Verfahren zu betreiben. Da schon einmal ein entsprechender Antrag aus formalen Gründen vor dem Verfassungsgericht scheiterte, besteht die Gefahr, daß ein erneutes Verbotverfahren nicht durch geht. Aus meiner Sicht käme das einer Katastrophe gleich. Die NPD würde dadurch nur zusätzlichen Auftrieb erfahren, was kein Demokrat sich wirklich wünschen kann. Ich bin wie die Schriftstellerin Elfriede Jellinek, die kürzlich gekürte Nobelpreisträgerin, der Überzeugung, daß unsere demokratische Ordnung die NPD aushalten kann und aushalten muß. Deutschland hat, wie die Umfragen zeigen, einen Prozentsatz von ca. 15 Prozent Unbelehrbarer. Das entspricht den Prozentsätzen in anderen europäischen Ländern, wo man allerdings nicht so hysterisch reagiert und wo man nicht auf die Idee kommt, gleich mit der Verbotskeule zuzuschlagen. Es kommt hinzu, daß es ein kardinaler Denkfehler ist, zu meinen, der Rechtsradikalismus sei in unserem Parteienspektrum allein auf rechtsradikale Parteien beschränkt. Rechtsradikale Einstellungen finden sich quer durch die Bevölkerung. Ob SPD, CDU, FDP oder GRÜNE - keine dieser Parteien ist von Einstellungen dieser Art frei. Die Vorstellung, ich verbiete die NPD und damit löst man das Problem, ist absurd. Unsere Rechtsordnung ist stabil. Mit den Mitteln dieser Rechtsordnung kann der Rechtsradikalismus bekämpft werden. Es ist nicht notwendig, die Versammlungsfreiheit einzuschränken und Demonstrationsverbote auszusprechen. Das zeugt nur von unbegründeten Ängsten. Notwendig scheint es mir allerdings, den Ursachen und Gründen nachzugehen, die zu rechtsradikalen Einstellungen in der Bevölkerung führen. Das muß nicht unbedingt nur hohe Arbeitslosigkeit in einer bestimmten Region sein. Häufig kommen noch ganz andere Faktoren hinzu wie zum Beispiel eine schwierige Familien- und Wohnsituation, katastrophale Schulverhältnisse u.a. In jedem Fall scheint es mir deshalb notwendig zu sein, wissenschaftliche Analysen zu erarbeiten, die dann geeignete Präventionsmaßnahmen zur Folge haben können. Einiges wird auf diesem Feld geleistet, aber mir scheint das, was bisher an Präventionsprogrammen in den Ländern und Kommunen aufgelegt wurde, nicht ausreichend genug zu sein. Es bleibt einiges zu tun“.

„Durch ständiges Bemühen, Selbstbeherrschung, Konzentration der Sinne, baut sich der Weise eine Insel auf, die durch keine Flut weggespült werden kann.“
Buddha

Johannes Rau,



„Wichtiger als ein Verbot der NPD ist für mich eine Antwort auf die Frage, ob wir jungen Menschen eine Perspektive geben können es ihnen unnötiger erscheinen läßt, den Leuten nachzulaufen, die auf alles eine Antwort haben und nichts eine Lösung.“

Prof. Klaus Staeck, Plakatkünstler:



„Da die Mühlen der Demokratie – Gott sei dank – sehr langsam mahlen, was sich in anderen Fällen als meist sehr positiv erweist, ist, was einen Verbotsantrag angeht negativ. Das umzusetzen würde so lange dauern, daß die NPD das noch als Chance nutzen könnte und würde, um ihre antidemokratische Propaganda noch effektiver unter die Leute bringen. Zudem würde die NPD versuchen, sich als Märtyrer zu stilisieren. Das wäre mehr als unangemessen. Ich bin also – natürlich eigentlich gegen meine Überzeugung – leider gegen ein Verbot, weil es keine effektive Waffe ist.“



Catherine Mechler-Dupouey, In der Diskussion während der letzten Wochen war ich gegen ein Verbot der NPD, da ich als Nichtdeutsche Bürgerin durch die Geschichte meines Landes nicht daran gewöhnt war, eine Partei zu verbieten. Zwar hatten wir in Frankreich während des Krieges verschiedene Gruppierungen und Organisationen verboten, jedoch nie eine Partei. Das Verbot einer Partei wäre für uns etwas antidemokratisches. Nachdem ich aber kürzlich eine Rede Daniel Cohn Bendits gelesen habe, der das Wort totalitär verwendet hat im Hinblick auf die erstrebte totalitäre Macht einer Partei - eine Partei wie hierzulande die NPD, die genau das zum wenn auch eher klammheimlichen Ziel hat, kann sich kein Land der Welt leisten. Ein demokratisches Land wie die Bundesrepublik darf eine solche totalitäre Partei nicht unterstützen. Jedoch meine ich, daß eben eine

Antoine Mechler, Student:



„Wieder bereits kann man das unselige Sprichwort vom Vogel zitiert hören, der das eigene Nest beschmutzt, während jene, welche über jenen Vögeln krächzen - die mit ihrem C vor dem DU christlich zu sein pflegen, die keiner anderen das Auge aushacken. Nicht wenige Fragen gibt es, über die ihre wahre Ansicht zu sagen fast alle mit Rücksicht auf die Folgen sich selbst verbieten. Wohlan, tun wir es dennoch und gerade drum: Es gilt weniger, die NPD zu verbieten, als nationalpopulistische Stimmungsmache überall dort zu entlarven, wo sie mit dem Deckmantel demokratischer Sorge um dies oder jenes auftritt, und die - wieder einmal - ein durchaus kompliziertes Problem namens Einwanderung auf einige wenige Ressentiments und Banalitäten verkürzt. Heiner Geißler darf in Talkshows, Rita Süßmuth eine Regierungskommission leiten, Angela Merkel lavieren und moderieren - aber das Trio infernale Koch/Merz/Stoiber besetzt die Begriffe. Und niemand hat bisher richtig gemerkt, daß es hier nicht allein „gegen Ausländer“ geht (ich bin übrigens auch einer), sondern vor allem: gegen Europa.“

Harry Siegert, Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund Rhein-Neckar-Heidelberg:



„Das heftig diskutierte NPD-Verbot greift eindeutig zu kurz. Das Eintreten und der Kampf gegen faschistisch motivierte Gewalt ist ein Kampf um die Köpfe, um das Denken der Menschen. Es muß endlich klar werden: Faschismus ist keine Meinung oder Gesinnung, sondern ein Verbrechen. Gegen Verbrechen gibt es Gesetze. Diese Gesetze sind ohne wenn und aber anzuwenden. Um Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen, muß Schluß gemacht werden mit der Verharmlosung der rechten Szene und der von ihr verübten Gewalt. Im Kampf gegen Rechts ist nicht ein Abbau, sondern eine Erweiterung von Bürgerrechten, insbesondere für die von den Rechtsextremen Verfolgten erforderlich. Fremdenfeindliche Aussagen, Aktionen und Unterschriftensammlungen der großen Parteien zu eigenen Propagandazwecken sind auszuschließen. Ein Verbot rechter Parteien ist eine vordergründige Ersatzhandlung. Die Neonazis wechseln dann in eine andere Partei.“

Dr. iur. René Pöhl Stadtrechtsdirektor



Die Einstufung einer Partei durch das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig kommt nur in Betracht, wenn sie das Ziel hat, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Unabhängig von dieser Möglichkeit ist es Ausdruck unserer Demokratie, daß auch Gruppierungen des äußersten linken oder rechten Spektrums ihre Meinung ohne Gewalt frei äußern können. Dies zeichnet die Meinungs- und Versammlungsfreiheit als Ausdruck unserer Demokratie gerade aus. Es ist dann Aufgabe der politischen und gesellschaftlichen Gruppen, sich gegen diese mehrheitlich nicht gewünschte Form politischer Betätigung zu wenden. Heidelberg zeigt, daß dies auch gewaltfrei funktionieren kann, wie dies anlässlich der Demonstration der Karlsruher Kameradschaft im April 2003 der Fall war. Die Aktivitäten rechter Gruppierungen sind nicht nur für den Staat, sondern vor allem auch für die Gesellschaft eine große Herausforderung. Ich halte den gesellschaftlichen Widerstand für besonders wichtig; dadurch wird auch sicher gestellt, daß die Gesellschaft aufmerksam bleibt gegenüber solchen Aktivitäten.

Sarah Maros, Informatikerin:



Die etablierten Parteien müssen die Umstände und Rahmenbedingungen so verändern, daß Parteien wie die NPD für die Wähler keine Alternative mehr bilden. Die Menschen müssen auch über die Absichten der Leute aufgeklärt werden. Ein Verbot würde die Situation nur verschlimmern. Daß Bundesinnenminister Scily es im ersten Anlauf nicht geschafft hat, die Bedingungen dafür herzustellen, die es dem Bundesverfassungsgericht überhaupt auch nur im Ansatz erlaubt hätten, einem solchen Verbotsantrag statt zu geben, läßt diesen Minister in einem Licht erscheinen, das wir von ihm freilich kennen aus einer Zeit, da er rechthaberisch als Anwalt der RAF auftrat und rechtsstatliches Grundwissen stark vermissen ließ. Wie auch immer, eine, unsere Demokratie sollte es sich leisten können, diesem nationalen Müll mit Argumenten zu begegnen. Das wird dann auch deren Protestwähler eines Besseren überzeugen. Davon bin ich überzeugt.

Dekan Dr. Klaus von Zedwitz



Zum jetzigen Zeitpunkt bin ich gegen ein Verbot der NPD, denn ich traue den Menschen in unserem Land zu, daß sie als Wähler merken, daß diese Partei nicht ihre Interessen vertritt und sie insofern künftig eine ihr zustehende nämlich eher unbedeutende Rolle spielen wird. Mit einem Verbot würde diese Partei beträchtlich aufgewertet. Zumal, als der Bundesinnenminister die Partei verbieten wollte derart dilettantisch vorgegangen ist, daß das Bundesverfassungsgericht einem solchen Verbotsantrag nie entsprechen konnte. Wenn man in eine Partei V-Männer einschleußt, die diese Partei dann zudem noch hochpuschen, konnte das BVG gar nicht anders, als sich gesetzeskonform zu verhalten. Der Weg des Innenministers war - zumindest - nicht gut überlegt. Politiker sollten sich eher damit beschäftigen, weshalb auch Demokraten als Protestwähler den großen Parteien den Rücken zuwenden. Was immer da unter Harz IV in den Köpfen der Menschen herumspukt, ob damit zu Recht oder zu Unrecht soziale Ungerechtigkeit oder was auch immer damit verbunden wird: Wenn, wie Politiker sagen, dies alles gar nicht so sei, dann hätten sie Ihrer Verantwortung genüge tun müssen, richtig, sachlich und umfassend zu informieren, bevor das unter die Leute kommt. Wir haben nun einmal soziale Ungerechtigkeiten. Und Arbeitslosigkeit. Wenn man die NPD ihrem Scheitern überläßt, wird dieser Spuk bald vorbei sein. Da die NPD nun einmal im sächsischen Landtag sitzt, sind dort wie anderswo Argumente in der Auseinandersetzung gefragt. So kommen auch Protestwähler zur Vernunft. Ein Verbot ist kontraproduktiv und kann verboten werden ...

Dekan Dr. Steffen Bauer, evangelische Kirche



„Früher hätte ich diese Frage sofort mit „Ja“ beantwortet und als Schülersprecher des Tulla-Gymnasiums in Mannheim habe ich mich Anfang der 80er Jahre immer wieder dafür stark gemacht, daß der Lehrer Günther Deckert - zeitweise Vorsitzender der NPD - nicht weiter an der Schule unterrichten darf. Heute sehe ich das anders. Was bringt ein Verbot? Ist das die Form der geistigen Auseinandersetzung, die einer Demokratie entspricht? Ich fürchte, daß manche mit einem Verbot auch davon ablenken wollen, was eigentlich mehr denn je dran wäre. Wir müssen uns mit den Ursachen des Rechtsradikalismus beschäftigen. Immer mehr Arbeitslose, Jugendliche ohne Perspektive, Außenseiter, Menschen, die sich als zu kurz Gekommene wahrnehmen sind für mich der Nährboden für solche extreme Gedanken. Wir kommen nicht umhin, mehr Energie und Phantasie in die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu stecken und für mehr soziale Gerechtigkeit einzustehen. Jenseits davon gilt es natürlich immer neu und wieder, der Geschichtsvergessenheit zu wehren und das schlimme Menschenbild hinter und im Rechtsradikalismus deutlich zu machen. Aber mehr denn je glaube ich, dass viele Menschen diese Partei vor allem als einen Ausdruck ihres Protestes wählen und diesen Protestrufen müssen wir ernst nehmen und uns den Gründen dieses Protestes zuwenden. Dann werden wir merken, daß es bei den Wählerinnen und Wähler nicht um rassistisches und/oder antisemitisches Gedankengut geht, sondern um dem Schrei von Benachteiligten, die ohne Perspektive leben. Das aber kann sich keine Demokratie auf Dauer leisten: Menschen von der Hoffnung auf eine gute Zukunft auszuschließen“.



Sie werden kochen vor Leidenschaft.

Küchenku:u GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 27
69117 Heidelberg
Tel. 06221 164456

bulthaup